

U n t e r r i c h t u n g

durch den Minister der Finanzen

Über- und außerplanmäßige Ausgaben von erheblicher finanzieller Bedeutung (§ 37 Abs.4 zweiter Halbsatz der Landeshaushaltsordnung – LHO –)

Schreiben des Ministers der Finanzen vom 5. September 2007 an den Präsidenten des Landtags:

Bezugnehmend auf § 37 Absatz 4 LHO teile ich Ihnen mit, dass ich auf Antrag des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur meine Einwilligung zur Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe im Haushaltsjahr 2007 in Höhe von 947 714,74 € bei Kapitel 09 19 (Schulen – Allgemein), Titel 981 05 (Erstattung des Verwaltungsaufwandes an die ZBV für die Zahlbarmachung von Bezügen) erteilt habe.

Im Rahmen der Aufstellung des DHH 2007/2008 hat die ZBV im Kalenderjahr 2006 die zu leistenden Ausgaben für die Erstattung des Verwaltungsaufwandes auf der Grundlage einer Zahlfallprognose beziffert. Dies Prognose ging von 473 877 Beamtenzahlfällen, 90 067 Angestelltenzahlfällen, 1 942 Arbeiterzahlfällen 183 381, Versorgungszahlfällen und 178 958 Beihilfeanträgen aus. Im Laufe dieses Jahres hat die ZBV für das Haushaltsjahr 2006 ihren Verwaltungsaufwand auf der Basis der tatsächlichen Fallzahlmengen „spitz“ abgerechnet. In der Summe waren im Gegensatz zur Prognose mehr Zahlfälle und Beihilfeanträge angefallen: 467 139 Beamtenzahlfälle, 117 999 Angestelltenzahlfälle, 1 905 Arbeiterzahlfälle, 204 089 Versorgungszahlfälle und 194 072 Beihilfeanträge. Die Echtfälle übersteigen die prognostizierten Fälle um 58 979 Fälle (6,37%). Die errechnete Gesamtnachforderung für die zusätzlichen Zahlfälle und Beihilfeanträge führen im Haushaltsjahr 2007 zu einer überplanmäßigen Ausgabe von 947 714,74 €.

Die überplanmäßige Ausgabe war zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung nicht vorhersehbar und ist für das Ressort aufgrund der vorliegenden Verwaltungsvereinbarung (Vergütungspflicht für die Dienstleistungen der ZBV) auch unabweisbar.

Die Ausgabe wird im Epl. 09 eingespargt; eine entsprechende Haushaltsstelle wird das Ressort im Haushaltsvollzug 2007 noch mitteilen.

Prof. Dr. Ingolf Deubel
Staatsminister

